



G 7 Entschuldung: Was kann sie wirklich bringen?

Die Ankündigung der G 7 Finanzminister im Juni dieses Jahres, die ärmsten Länder umfassend entschulden zu wollen (siehe dazu Schlüssel Info 8-2005), hat der etwas müde gewordenen Diskussion über die Entschuldung neuen Antrieb gegeben. Für die einen wie Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul ist der geplante Schuldenerlass ein großer Erfolg, der kaum überbewertet werden kann. Anderen dagegen wie den Kirchen und nationalen wie internationalen Entschuldungsnetzwerken geht die angekündigte Entschuldung nicht weit genug und wird daher als ungenügend bewertet.

G 7 Entschuldung reicht Bolivien nicht

Im bolivianischen Kontext wird derzeit als größtes Problem die Beschränkung des geplanten Schuldenerlasses auf Kredite von Weltbank und IWF gesehen. Denn würden die Kredite bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) miteinbezogen, so würde der Schuldenerlass bei den Auslandsschulden von knapp 42 Prozent auf 75 Prozent steigen. Dies fordern innerhalb Boliviens sowohl die bolivianische Regierung als auch weite Teile der bolivianischen Zivilgesellschaft.

Höchstverschuldung trotz Entschuldung

Neben dem Umfang des Schuldenerlasses ist auch die Frage nach der Nachhaltigkeit desselben zu stellen. Alarmierend ist zu sehen, dass die Auslandsverschuldungssituation des armen Landes im Herzen Lateinamerikas nach HIPC I und trotz HIPC II ihren Höchststand mit dem Durchbrechen der fünf Milliarden Grenze (US Dollar) im Jahr 2003 erreicht hat und dass die Inlandsverschuldung mit dem damit verbundenem, hohen Schuldendienst seit Jahren bedenklich zugenommen hat (vgl. Schlüssel Info 10-2005). Andererseits ist davon auszugehen, dass die Verschuldungssituation Boliviens ohne Schuldenerlasse noch schlechter wäre.

Armutsbekämpfungsstrategie ein Fragezeichen

Ein in der Entschuldungsdiskussion zentraler Aspekt ist die Frage, wieweit die durch die Entschuldung freigewordenen und freiwerdenden Gelder der Armutsbekämpfung dienen und dienen und somit den Armen wirklich zu Gute kommen. Nach dem 3. Bericht über den Stand des Erreichens der Millenniums-Entwicklungsziele (erarbeitet vom bolivianischen Think Tank UDAPE/Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas) sind in der Armutsbekämpfung in den letzten Jahren Erfolge zu verzeichnen. Signifikant ist die Verbesserung bei den Millenniums-Entwicklungsziele Senken der Mütter- und Kindersterblichkeit um 40 Prozent in den Jahren 1989 bis 2003. Wieweit dies auf die Entschuldungsinitiative HIPC II zurückgeht, ist allerdings eine andere Frage.

Als großes Problem muss gesehen werden, dass man derzeit kaum von einer bolivianischen Armutsbekämpfungsstrategie sprechen kann. Die politische Krise, die dem Land seit Oktober 2003 bislang drei Präsidenten bescherte samt einer Vielzahl von Ministerinnen und Ministern, läuft jeder Kontinuität zuwider. Da sich die derzeitige Regierung unter Eduardo Rodríguez eindeutig als Übergangsregierung bis zur Neuwahl am 4. Dezember definiert, liegt ihre Aufgabe nicht im Entwickeln mittel- oder gar langfristiger Politik, was im Blick auf die Armutsbekämpfungsstrategie und eine effektive Armutsbekämpfung dringend notwendig wäre (detaillierter dazu Datos&Hechos de Acceso Público, Nr. 22 vom 22. Juni 2005).

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail acesopublico@entelnet.bo, Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.



Im Blick auf die derzeitige Situation muss man sich fragen, ob Bolivien heute wie im Jahr 2001 den completion point, die Voraussetzung für die Entschuldungsinitiative HIPC II überhaupt erreichen und somit den Schuldenerlass erhalten würde.

Entschuldung löst nicht das Problem

Im Blick auf die aktuelle Situation ist es eine besondere Herausforderung, die Entschuldung entsprechend zu gestalten. Aufgabe muss es sein, eine nachhaltige und den Armen zu Gute kommende Entschuldung durchzuführen. Auch wenn es wie beschrieben Erfolge bei den Millenniums-Entwicklungszielen Senken der Mütter- und Kindersterblichkeit gegeben hat, so muss auch gesehen werden, dass die extreme Armut in den letzten Jahren sogar zu- und nicht abgenommen hat (3. Bericht Millenniums-Entwicklungsziele UDAPE). Eine Kehrtwendung ist hier auf alle Fälle von Nöten. Ohne Frage braucht das krisengeschüttelte Land dazu die Unterstützung von außen. Der angekündigte Schuldenerlass mag Gelder für die Armutsbekämpfung freisetzen, die entsprechend eingesetzt, die Armut in einem der ärmsten Länder Lateinamerikas mindern können. Doch lösen wird er das Armutproblem nicht. Dazu ist es notwendig, dass die bolivianische Gesellschaft selbst insgesamt auf Dauer mehr Geld für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stellt. Um dies nicht wie in den letzten Jahren auf Pump zu finanzieren und somit in der Schuldenspirale zu verbleiben, müssen die Staatseinnahmen auf eine nationale Basis gestellt und die Ausgaben überprüft werden. Im Sinne einer effektiven Armutsbekämpfung bedarf es hierbei einer Umverteilung zugunsten der Ärmsten, auch und gerade auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes. Dadurch würden die bislang steuerlich Geschonten stärker als bisher zur Kasse gebeten werden.

Leider sind derzeit keine Aktionen in diese Richtung zu sehen. Ganz im Gegenteil. So hat gerade in diesen Tagen die Übergangsregierung unter Präsident Eduardo Rodriguez ein Dekret der alten Regierung außer Kraft gesetzt, welches eine Subventionierung der Kleinstverbraucher von Strom auf Kosten der anderen Verbraucher vorsah. Die alte Regierung unter Präsident Carlos Mesa wollte damit die Ärmsten entlasten, weil sie davon ausging, dass diese den geringsten Stromverbrauch haben, während die Mittel- und Oberschicht sowie die Industrie mehr Strom verbrauchen.

Obwohl es sich nur um eine kleine, finanzielle Belastung der Mittel- und Oberschicht gehandelt hätte, war diese dazu nicht bereit. Den Konflikt mit den Bessergestellten im Land sowie mit der Industrie vermeidend, hat die Übergangsregierung das Dekret außer Kraft gesetzt. Die Regierung hat damit den politisch bequemeren Weg gewählt, mal wieder zum Nachteil der Armen.

Die Politik wird sich nicht zuletzt daran messen lassen müssen, ob sie zugunsten der Ärmsten umverteilt; die Ärmsten entlastet und zu deren Gunsten andere stärker belastet. Dies mag zwar für die Regierung gegenüber der politisch einflussreichen Mittel- und Oberschicht unpopulär sein, doch ohne eine solche Politik wird die Armut weiterhin das Bild Boliviens bestimmen und auch die Entschuldung ins Leere laufen.

Jürgen Leonhard